



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

SCHRITT VORAUS ODER POTEMKINSCHES REFORMDORF?

Serbiens Medienstrategie 2020- 2025

Von Thomas Roser
Belgrad, 01.03.2021

Schritt voraus oder Potemkinsches Reformdorf? Serbiens Medienstrategie 2020- 2025

Von Thomas Roser, Belgrad
01.03.2020

Ist Serbiens neue, vor einem Jahr verabschiedete Medienstrategie 2020-25 nur ein Papiertiger oder ein wichtiger Schritt zur Absicherung der bedrohten Pressefreiheit? Das jahrelange Ringen um das Dokument, aber auch die Erfahrung mit der ersten, vor zehn Jahren verabschiedeten Medienstrategie haben vor allem bestätigt, dass Papier auf dem Balkan sehr geduldig ist. Und dass zur tatsächlichen Umsetzung formulierter Ziele nicht nur ein effektiver Aktionsplan und Gesetze nötig sind, sondern vor allem auch der politische Wille, die Medien dem Zugriff und der Kontrolle der Staatsmacht zu entziehen.

Zumindest an hehren Worten ließ es Regierungschefin Ana Brnabić nach der mühsamen und um Jahre verspäteten Geburt von Serbiens neuer Medienstrategie im Januar 2020 nicht fehlen. Sie danke den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, so die Premierministerin nach der Verabschiedung des 86-Seiten-Dokuments, das Serbiens bedrohte Pressefreiheit absichern und die Entwicklung der Medienmärkte im Balkanstaat bis 2025 regeln soll: „Dies ist ein erster Schritt. Wir bleiben dieser Arbeit gewidmet.“

Doch Serbiens Medienrealität sieht anders aus. Gut zwei Monate nach dem grünen Regierungslicht für die gemeinsam mit den Berufsverbänden ausgearbeitete Medienstrategie geriet Serbien am 1. April 2020 als erstes Land in Europa in die Schlagzeilen, in dem eine Journalistin wegen ihrer missliebigen Corona-Berichterstattung verhaftet wurde. Brnabić bezeichnete die Verhaftung der Journalistin Ana Lalić, die für das Portal „nova.rs“ über Missstände im Klinikzentrum von Novi Sad berichtet hatte, zwar als „dumme Entscheidung“, aber erregte sich aufgebracht über „Leute, die lügen“. Obwohl hernach keinerlei Anklage gegen die Journalistin erhoben wurde, blieb eine Regierungsentschuldigung für den völlig haltlosen Lügenvorwurf aus.

Nicht zuletzt auf Druck der EU hat Belgrad im Dezember einen erneut mit den Berufsverbänden erarbeiteten Aktionsplan zur Umsetzung der Medienstrategie verabschiedet. „Wir werden keine Bedrohungen von Journalisten tolerieren, das ist für uns die rote Linie“, kündigte Brnabić damals an.

Doch das Akzeptieren der Kontrollfunktion unabhängiger Medien als vierte Macht im Staat fällt der Politik beim EU-Anwärter schwer. Stattdessen üben sich Würdenträger weiter unvermindert in Medienschelte. Als „politischen Gegner“ geißelte beispielweise Brnabić Mitte Februar erneut den TV-Sender N1 und gab zu, die für die Organisation der Corona-Impfung zuständige Institution E-uprava angewiesen zu haben, dem Sender keine Auskünfte zu erteilen – laut dem früheren Datenschutzbeauftragten Rodoljub Šabić ein klarer Verstoß gegen das Gesetz über den Zugang zu Informationen. Noch drastischer ging im Dezember ihre Parteikollegin und SNS-Abgeordnete Biljana Pantić Pilja mit den mißliebigen Kabel-TV-Sendern N1 und NovaS ins Gericht: Die „antiserbischen Medien“ könne man nur mit den Worten „heimische Verräter, ausländische Söldner“ umschreiben, wütete die Abgeordnete im Parlament.

Medienstrategie 2011-2016

Das Doppelgesicht der SNS-Machthaber, die einerseits Pressefreiheit geloben, andererseits die Medien seit Jahren nach Kräften zu kontrollieren und zu knebeln suchen, lässt nicht nur die Berufsverbände an dem Regierungswillen zur Umsetzung der Medienstrategie und des Aktionsplans zweifeln. Denn obwohl 2011 eine erste Medienstrategie zur Verbesserung der Lage von Journalisten und Medien verabschiedet wurde, hat sich diese im vergangenen Jahrzehnt erheblich verschlechtert.

2020 hat NUNS¹ 189 Fälle von Übergriffen, Drohungen und Druck auf Journalisten registriert – soviel wie nie zuvor seit Beginn von deren Erfassung 2008. Auf dem Pressefreiheitindex von „Reporter ohne Grenzen“ ist Serbien in den letzten fünf Jahren um rund 30 Plätze auf den 93. Platz gepurzelt. Ende Februar wurde zwar in erster Instanz der frühere SNS-Bürgermeister von Grocka Dragoljub Simonović wegen Brandstiftung zu einer Haftstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt, weil er 2018 das Haus des Lokaljournalisten Milan Jovanović von zwei Helfershelfern hatte abbrennen lassen. Doch

¹ Nezavisno udruženje novinara Srbije - Unabhängiger Verband der Journalisten Serbiens

obwohl die Berufsverbände genauso wie die Regierung das noch nicht rechtskräftige Urteil begrüßten, werden Übergriffe gegen Journalisten in Serbien nur in Ausnahmefällen geahndet. Laut einer nun veröffentlichten Studie der Slavko-Ćuruvija-Stiftung und des CEPRIS-Zentrums wird nur jeder zehnte Fall von zur Anzeige gebrachten Attacken und Bedrohungen von Journalisten mit einer rechtskräftigen Verurteilung der Täter sanktioniert – und das meist mit eher leichten Strafen.

Die Hoffnungen, dass sich mit der neuen Medienstrategie Serbiens Medienrealität verändern könnte, sind bei Journalisten denn auch begrenzt. Vor der Schaffung eines „weiteren Potemkinschen Dorfs“ warnt Vukašin Obradović, der frühere Vorsitzende der Journalistengewerkschaft NUNS, der an der Ausarbeitung der ersten, 2011 verabschiedeten Medienstrategie beteiligt war, aber sich vor zwei Jahren entnervt aus allen Arbeitsgruppen zurückgezogen hat: „Seit 2011 hat der Staat seinen Zugriff auf die Medien praktisch verstärkt.“

Dabei war der Rückzug des Staats aus den Medien, die Stärkung der Aufsichtsorgane sowie die bessere Regulierung der sich wegen der sich rasch verändernden Medienmärkten bereits das Ziel von Serbiens erster Medienstrategie. Diese hatte die letzte DS-Regierung im September 2011 für die folgenden fünf Jahre (bis 2016) nach EU-Vorgabe beschlossen.

Die Verabschiedung der für deren Umsetzung nötigen Gesetze blieb jedoch lange aus. Nach dem Machtwechsel 2012 zeigte die ans Ruder gelangte SNS zunächst nur ein mäßiges Interesse. Erst 2014 wurden mehrere Neufassungen von Gesetzen verabschiedet – wie das über öffentliche Information und Medien, über elektronische Medien und den öffentlichen Rundfunk. Im Wesentlichen sahen sie die Privatisierung staatlicher Medien und mehr Machtfülle für den Aufsichtsrat der elektronischen Medien (REM) vor. Der Staat sollte stattdessen die Medien indirekt fördern – mit Zuschüssen für förderungswürdige Medienprojekte sowohl auf kommunaler als auch nationaler Ebene.

Ins Gegenteil verkehrte Ziele

Doch statt den Staatszugriff auf die Medien wie von der EU gewünscht zu lockern, hat sich die Kontrolle der Regierungspartei SNS über die Medien seit 2014 verstärkt. Die an der Ausarbeitung der neuen Medienstrategie beteiligte NUNS-Generalsekretärin Tamara Filipović nennt dafür mehrere Gründe.

Seit 2014 sei die Zahl von damals rund 81 staatlichen Sendern zwar auf unter ein Viertel geschrumpft: „Aber einige der Schlüsselmedien – wie die Agentur Tanjug oder die Zeitungen Politika und Novosti, die die Konkurrenz auf den Medienmärkten aushöhlten, blieben bis vor kurzem im Besitz des Staats.“

Die staatliche Agentur Tanjug war zwar schon 2015 für eingestellt erklärt worden, aber operierte hernach mit Hilfe von Staatsaufträgen munter weiter. Laut dem im Dezember verabschiedeten Aktionsplan zur Umsetzung der neuen Medienstrategie soll Tanjug nun bis Ende März endgültig privatisiert werden. Die Regierung hat angekündigt, das Logo und die Nutzung des Tanjug-Archivs für 600 000 Euro dem Konsortium eines Sängers mit zwei Geschäftsleuten zu überlassen – darunter dem Medientycoon Radoica Milosavljević (s.u.). „Wie die Tanjug-Lösung genau aussehen soll, wissen wir noch nicht“, so Filipović.

Die Novosti wurden 2019 an einen bis dahin auf dem Mediensektor völlig unbekanntem Geschäftsmann Boban Rajić und dessen Firma Media026 in Smederevo verkauft. An der Politika ist der Staat noch immer mit 50 Prozent beteiligt. Die deutsche WAZ-Gruppe hatte ihre 2001 erworbene Beteiligung 2012 abgetreten. Wer hinter der russischen East-Media Gruppe als Co-Eigentümer der Zeitung steht, ist nach wie vor unklar. Bis zum Jahresende soll sich der Staat laut Aktionsplan gänzlich aus der Politika zurückziehen.

Obwohl Belgrad bei diesen drei nationalen Medien die EU-Auflagen eines Staatsrückzugs zumindest formal zu erfüllen scheint, deuten die intransparenten Eigentumsverhältnisse, aber auch die Käufer auf weitere Fälle sogenannter „Partei-Privatisierung“ hin. Wie die Regierungspartei mit Hilfe von Unternehmern und „Investoren“ aus ihrem Dunstkreis den Zugriff auf die Medien verstärkt hat, demonstriert besonders augenfällig die Privatisierung der kommunalen Radio- und TV-Sender in der Provinz.

Nach 2014 seien vor allem die regionalen TV- und Radio-Sender im Staatsbesitz privatisiert worden, berichtet Filipović. Einige von ihnen seien mittlerweile eingestellt worden. Doch der Großteil sei von parteinahen Investoren genau mit den Geldern erworben worden, die eigentlich für die Co-Finanzierung von Medienprojekten vorgesehen waren: „Ein Investor kauft ein Medium und bewirbt sich damit um Fördermittel für Medienprojekte. So erhält er die Gelder, mit denen er die Medien vom Staat gekauft hat, vom Staat sofort zurück - manchmal sogar eine noch höhere Summe. Die Ziele der ersten Medienstrategie wurden so völlig zweckentfremdet und in ihr Gegenteil verkehrt. Faktisch sind wir in einer schlechteren Lage als wir 2011 waren.“

Der serbische Murdoch aus Kruševac

Ein Beispiel für die von Filipović beklagte „Partei-Privatisierung“ ist das nach 2014 entstandene Medienimperium des Geschäftsmanns Radoica Milosavljević aus Kruševac. Der frühere Funktionär der mitregierenden SPS gilt als Freund des ebenfalls aus Kruševac stammenden Geheimdienstchefs und führenden SNS-Politikers Bratislav Gašić: Laut Angaben des Recherche-Portal CINS ist Milosavljević einer von 27 Sponsoren der regierenden SNS, die 2019 gemeinsam eine 590 Quadratmeter große Immobilie in Neu Belgrad erwarben und der Regierungspartei als Spende vermachten.

Erstmals für landesweite Schlagzeilen sollte der Besitzer einer Fabrik zur Plastikverarbeitung 2015 sorgen, als „Serbiens Murdoch aus Kruševac“ bei der Privatisierung der Staatsmedien insgesamt acht Lokal-Sender erwarb: RT Kruševac, RT Kragujevac, TV Pirot, RT Brus, TV-Požega, RT Dimitrovgrad und RT Pančevo sowie das Informationszentrum Novi Kneževac. Der Kaufpreis für die Sender bewog sich jeweils im fünfstelligen Euro-Bereich: Insgesamt soll Milosavljević damals rund eine Viertelmillion Euro in den Kauf der Lokalsender investiert haben. Wegen Verstoss gegen die Privatisierungsaufgaben wurde der Kauf des Senders in Kragujevac 2017 wieder für ungültig erklärt. Doch Milosavljević erwarb in den folgenden Jahren noch weitere Sender in Leskovac, Cacak, Zrenjanin, Paraćin oder Bačka Palanka sowie eine unbekannte Zahl von Beteiligungen. Über seinen nicht sehr transparenten Medienbesitz hat sich Milosavljević mehrmals widersprüchlich geäußert. Mal sprach er von elf Medien und zehn Beteiligungen, dann von acht Sendern und sechs Beteiligungen.

Die Folgen der Privatisierung der lokalen Radio- und TV-Sender und die Umstellung auf staatliche bzw. kommunale Projektfinanzierung auf EU-Druck erwiesen sich sowohl für die bei den Sendern beschäftigten Journalisten als auch die Medienkonsumenten als fatal. Redaktionen wurden radikal ausgedünnt oder neu besetzt – und sind wesentlich stärker als früher von lokalen Politfürsten abhängig und deren Begehrlichkeiten ausgesetzt. Letztendlich hat die Privatisierung und der steile Aufstieg von Serbiens Murdoch zu einer Verarmung der Pluralität der regionalen Medienlandschaft geführt. Gleichzeitig verschärften sich für nicht parteinahe Regionalsender die Existenzbedingungen. Wegen der schlechten finanziellen Lage seines Senders TV Fira in Zaječar denke er an den Verkauf, erklärte 2019 dessen Eigentümer Saša Firović. Schon drei Jahre habe sein Sender keinerlei Fördergelder mehr von der Kommune erhalten, klagte er damals: „Was hier passiert ist eine Art Revanchismus. Denn wir informieren so, wie wir das für nötig halten und nicht, wie uns das die Stadtverwaltung diktiert.“

Wie Journalismus hingegen beispielsweise bei den Sendern von Milosavljević funktioniert, demonstrierte eine dem unabhängigen Webportal „Južne Vesti“ im Januar 2019 zugespielte Dienstanweisung, die all seine lokalen TV-Sender per Mail unter der Überschrift „Dringend!“ von einem anonymen Schriftleiter erhielten. „Djilas, Hitler und Sergej – das sind die drei Themen, denen im unseren Informationsprogramm Platz eingeräumt werden muss“, so die auf die Oppositionspolitiker Dragan Djilas und Sergej Trifunovic gemünzte Dienst-Mail.

Privatisierungsfolgen treffen auch private Medien

Die Sender von Milosavljević werden bei den jährlichen Zuweisungen der kommunalen und staatlichen Medienzuschüsse besonders fürstlich bedacht. So sollen seine Sender 2018 laut Angaben des Webportals „Raskrikavanje.rs“ mehr als 50 Millionen Dinar (ca. 427 000 Euro) aus kommunalen Kassen erhalten haben - gut ein Drittel davon strich allein sein Sender in Kruševac ein.

NUNS-Generalsekretärin Filipović beziffert die Höhe der jährlichen ausgeschütteten Staatszuschüsse für Medienprojekte auf 10-12 Millionen Euro. In den Genuss des Löwenanteils der Staatsgelder kommen laut NUNS auch auf nationaler Ebene vor allem regierungsnahe Medien, selbst wenn Boulevardblätter wie Informer, Srpski Telegraf und Alo! oder TV-Sender sich mit regelmäßigen

Verstößen gegen den Pressekodex eigentlich für eine staatliche Förderung disqualifizieren. Überteuert bezahlte Aufträge und Annoncen von Staatsunternehmen waren schon unter früheren Regierungen ein weiteres beliebtes Mittel der Staatsmacht, genehme Medien quer zu subventionieren oder mißliebige durch deren Entzug zu strafen.

In zunehmende Probleme sind hingegen die privaten unabhängigen Lokalmedien geraten, die oft schon vor dem Fall von Ex-Autokrat Slobodan Milošević in den 90er Jahren gegründet worden waren. Ein Fallbeispiel wie die Einschüchterung der Inserenten, die Bedrohung von Journalisten und die Diskriminierung bei der Vergabe kommunaler Fördermittel und vermehrte Finanzinspektionen das Sterben der letzten unabhängigen Lokalmedien beschleunigen, ist die 2017 eingestellte Wochenzeitschrift „Vranjske“. Nie sei der Druck so groß und nie der Spielraum für unabhängige Medien so gering gewesen, klagte der Vranjske-Chefredakteur und frühere NUNS-Vorsitzende Vukašin Obradović nach der Einstellung der 1991 gegründeten Lokalzeitschrift: „Selbst unter Milošević gab es eine größere Medienpluralität als jetzt.“

Sorgenkind elektronische Medien

Auch das Aufsichtsorgan für die elektronischen Medien REM, das selbst größte Verstöße gegen den Kodex von Seiten der regierungsnahen Privatsendern wie TV Pink oder Happy kaum zu sanktionieren pflegt, hat die SNS in den letzten Jahren zunehmend unter ihre Kontrolle gebracht. Landesweit sind außer der öffentlich-rechtlichen RTS nur regierungsgenehme Sender zu empfangen. Über die staatliche Telekom, die sich in den letzten Jahren durch den Aufkauf mehrerer kleinerer Kabelnetzbetreiber zum zweitgrößten Kabel-TV-Anbieter gemausert hat, versucht Belgrad, den mißliebigen Kabel-TV-Sendern N1 und Nova der privaten United Group (UG) das Wasser abzugraben. Für verschärfte Spannungen zwischen beiden Unternehmen hat im Januar ein an die Öffentlichkeit gelangtes Strategiepapier der Telekom gesorgt, in dem als Ziel der geplanten Kabelkooperation mit dem Mobilfunk-Konkurrenten Telenor die „endgültige Zerschlagung“ des UG-Kabelnetzbetreibers SBB genannt wird: Bei einem Schrumpfen des Marktanteils werde die UG-Tochter kaum noch über die „Kapazitäten“ verfügen, in seine Sender und Programminhalte zu investieren.

Eine „leichte Öffnung“ in den letzten Monaten macht Filipović hingegen bei der öffentlich-rechtlichen RTS aus – auch als Folge der vom Europaparlament moderierten Verhandlungen über fairere Wahlbedingungen zwischen den Regierungsparteien und Teilen der Opposition: „Manche Experten, die wegen ihrer von der Regierung abweichenden Meinung seit Jahren nicht mehr ins RTS-Studio eingeladen wurden, kommen nun bei RTS wieder zu Wort.“

Tauziehen um neue Medienstrategie

Obwohl die letzte Medienstrategie bereits 2016 ausgelaufen war, taten sich die SNS-Regierungen mit der Ausarbeitung einer neuen Strategie lange schwer. Aus Protest gegen die Arbeitsweise der gemeinsamen Arbeitsgruppe, die eine neue Medienstrategie ausarbeiten sollte, verließen die Berufsverbände 2017 das gemeinsame Gremium. Erst Mitte 2018 wurde auf Druck der internationalen Gemeinschaft eine neue Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Fachverbände ins Leben gerufen. Anfang 2019 wurde der von ihr vorgelegte Entwurf der neuen Medienstrategie 2020-25 von der Regierung zwar verabschiedet. Aber im Mai 2019 überstellte Belgrad eine in entscheidenden Punkten stark abgeänderte Version nach Brüssel. So war die Empfehlung, den Kulturausschuss des Parlaments von der Nominierung der REM-Mitglieder auszuschließen, genauso aus dem Entwurf verschwunden wie die klare Beschreibung, welche Anforderungen REM-Mitglieder und Kandidaten erfüllen müssten.

Belgrad sprach hernach von der „versehentlichen“ Überstellung einer „falschen Version“. Letztendlich wurde die neue, unter Vermittlung der EU, OSZE, der norwegischen Botschaft und der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgearbeiteten Medienstrategie 2020-25 erst im Januar 2020 von der Regierung verabschiedet.

Medienstrategie 2020-25

Die Stärkung der Unabhängigkeit der REM, eine größere Transparenz der Medienmärkte durch klare Benennung der Eigentumsverhältnisse und deren Finanzierung sowie die Stärkung der Medienpluralität, der Medienfreiheit und ein besserer Schutz der Journalisten zählen zu den wichtigsten Punkten der Strategie. Diese empfiehlt u.a., dass die REM die Wahlberichterstattung durch ein effektiveres Medienmonitoring aktiver verfolgen müsse. Daneben weist sie daraufhin, dass die bestehenden Medien-Gesetze den technologischen Veränderungen bei Web-TV, Internet YouTube oder sozialen Medien kaum gerecht würden. In der neuen Strategie werde eine stärkere Rolle des Presserats und der REM bei der Vergabe von Fördergeldern gefordert, so Filipović: „Immerhin geht es um die Verwendung der Steuergelder der Bürger.“

Alle Themenkomplexe und Probleme auf Serbiens Mediensektor seien in der Strategie „sehr gut analysiert und dargestellt“, sagt NUNS-Generalsekretärin Filipović: „Aber Papier ist geduldig. Wenn die Medienstrategie nicht angewandt wird, ist sie völlig wertlos.“ Ob und wie die Strategie umgesetzt werde, hänge letztendlich alleine „vom politischen Willen der derzeitigen Regierungseliten“ ab: „Persönlich glaube ich nicht unbedingt an den guten Willen der Regierung, die uns schon mehrmals auszuspielen versuchte.“

Konkrete Kontrollmechanismen

Auch mit den alten Medienstrategien und den 2014 verabschiedeten Gesetzen hätte man eine „völlig normal regulierte Medienszene verwirklichen“ können, stellt Filipović klar: „Die damaligen Gesetze waren von Brüssel abgesegnet und orientierten sich an den europäischen Grundwerten.“ Die neue Medienstrategie habe „mehr oder weniger“ dieselben Ziele wie die alte. Die Autoren der neuen Strategie und des Aktionsplans mit 13 Gesetzesnovellen zu deren Umsetzung hätten sich aber auf konkretere Fristen und Mechanismen zur Überprüfung von deren Ergebnissen verständigt. Diese sollten nicht nur die Besetzung der REM, sondern auch die Besitzverhältnisse auf den Medienmärkten und die Vergabe der Fördermittel transparenter machen: „Wir haben ein ausgezeichnetes Dokument geschaffen. Doch wenn man das grundsätzliche Ziel eines Gesetzes nicht verwirklichen will, findet man immer 1001 Möglichkeiten, es zu umgehen. Und wenn es keine unabhängigen Institutionen mehr gibt, die rechtzeitig auf Missbrauch hinweisen, wird es schwierig, irgendetwas zu tun. Denn in unserer gekaperten Gesellschaft stehen auch Polizei und Justiz unter Druck.“

EU schlägt schärferen Ton an

Lange zeigte sich die EU-Kommission in Sachen der zunehmenden Gängelung der serbischen Medien erstaunlich langmütig. Wortreich pflegten EU-Würdenträger wie der frühere EU-Nachbarschaftskommissar Johannes Hahn oder der frühere Serbien-Berichterstatter des Europaparlaments David MacAllister bei ihren regelmäßigen Belgrad-Visiten den autoritär gestrickten, aber als „Freund“ bezeichneten SNS- und heutigen Staatschef Aleksandar Vučić für dessen „Weg der Reformen“ zu preisen. Man möge ihm doch bitte „Beweise für Presse-Zensur“ vorlegen, bügelte Hahn bei einem Belgrad-Besuch 2015 eine lästige Journalisten-Nachfrage nach seiner Meinung zur Pressegängelung in seinem Gastland genervt ab. „Was hier in der Medienpolitik los ist, kann man vom Flugzeug sehen. Aber das interessiert die EU wegen Kosovo nicht“, konstatierte damals bitter der Soziologie-Professor Jovo Bakić das auffällige Desinteresse der Brüsseler Würdenträger am Zustand der serbischen Medien.

Zuerst habe für die EU Serbiens Zusammenarbeit mit Den Haag und die Auslieferung der Kriegsverbrecher und später Serbiens Annäherung zu Kosovo Priorität gehabt, konstatiert Filipović: „Auf der Strecke blieben dabei unsere Menschenrechte. Und das kostet uns viel und haben wir teuer bezahlt.“

Doch auch in Brüssel ist die Geduld mit dem vermeintlichen Hoffnungsträger Vučić am Schwinden: Erstmals seit 2014 hat Serbien wegen ausbleibender Fortschritte bei der EU-Annäherung 2020 kein neues Kapitel bei den Beitrittsverhandlungen eröffnen können. Die letzten zwei Fortschrittsberichte der EU-Kommission seien „wesentlich konkreter“ gewesen, was die Benennung der Missstände bei der Pressefreiheit und den Menschenrechten angehe, so Filipović. Unverständlich sei jedoch, dass schon seit sieben, acht Jahren in den Berichten der EU-Kommission stets der Ausdruck „kein Fortschritt“ statt „Rückschritt“ verwendet werde: „Die Lage der Journalisten hat sich erheblich verschlechtert.“

Einen deutlich schärferen Ton gegenüber Belgrad schlägt mittlerweile vor allem das Europaparlament und der derzeitige Serbien-Berichtersteller Vladimir Bilcik an. Wie N1 Mitte Februar berichtete, werden in den bereits abgesegneten Ergänzungsanträgen zu seinem Bericht der „aggressive Ton“ aus den Reihen der Regierungspartei gegenüber Journalisten und die „Verschlechterung“ der Medienfreiheit beklagt: Von Belgrad würden „dringende Maßnahmen“ zur Sicherung der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit der Medien erwartet.

Keine Alternative zum Dialog

Ausgerechnet eine auf Medienkontrolle setzende Regierung will für die Pressefreiheit streiten. Ist Serbiens neue Medienstrategie nur ein Papiertiger oder ein wichtiger Schritt hin zur Absicherung der bedrohten Pressefreiheit?

Über die Motivation der SNS-Regierung für die gemeinsame Ausarbeitung der neuen Medienstrategie und des Aktionsplans zu deren Umsetzung machen sich die ernüchterten Berufsverbände keine Illusionen. Die Regierung wolle „nach außen hin demonstrieren“, dass sie zur Beschäftigung mit dem Problem der Medienfreiheit bereit sei, so NUNS-Generalsekretärin Filipović. Doch trotz gelegentlicher Gesten guten Willens und den „deklarativen“ Verurteilungen von Angriffen gegen Journalisten könne sie „keinen aufrichtigen Wunsch von Regierungsseite zur Verbesserung der Lage erkennen“. Für künftige Generationen könnte die Medienstrategie jedoch „eine ausgezeichnete Handlungsanleitung“ sein: „Wenn einmal wirklich jemand die Arbeitsbedingungen der Journalisten und Medien verbessern wollen sollte, wird dieses Dokument sicher von Nutzen sein.“

Doch nicht nur mit dem Blick auf die Zukunft begründet Filipović, warum ihre Gewerkschaft trotz Zweifel an den guten Absichten der Gesprächspartner im Dialog mit der Regierung bleibt: „Wir kommunizieren ständig mit den staatlichen Institutionen wie mit der der Polizei, der Justiz. Denn wir haben nun einmal keinen anderen Staat und können zum Schutz unserer Journalisten nicht eine eigene Armee oder Staatsanwaltschaft organisieren.“ Der zunehmende Druck auf den Berufsstand lasse jedoch nicht nur eine zunehmende Zahl von Journalisten ihren Job und die Branche wechseln: „Die meisten Studenten, die heute an der Universität Belgrad ein Journalistik-Studium beginnen, wollen gar nicht mehr Journalist werden. Sie studieren mit der Absicht, später eine Anstellung in der PR-Branche zu finden.“

